

**SVP**
UDC**Die Zeitung des Mittelstandes**

Ja zur Armee XXI

Die Delegiertenversammlung hat am 5. April in Lausanne mit 165:161 Stimmen die Ja-Parole zur Armee XXI gefasst. Die Armee reform ermöglicht eine Anpassung der Schweizer Armee an aktuelle Bedrohungsformen. Ebenfalls unterstützt wurde der Bevölkerungsschutz.

Seiten 3, 5, 7

Abstimmungs-Marathon

Seite 10

Wir geben Ihnen einen Überblick über alle neun Vorlagen vom 18. Mai

Schweiz wird erpresst

Seite 13

Die EU will die Schweiz mit verschiedenen Forderungen unter Druck setzen

Wahlplattform "Schweizer Qualität"

Seite 16

Ab sofort steht Ihnen die neue SVP-Wahlplattform 2003-2007 zur Verfügung



Mehr Freiheit für Bürgerinnen und Bürger **Standpunkt**

Im Schlagwortverzeichnis unserer kürzlich erschienenen Wahlplattform 2003-2007 finden sich am meisten Hinweise auf das Stichwort „Freiheit“. Das ist wohlthuend in einer Zeit, in der andere Parteien nach mehr Staat und staatlichen Vorschriften rufen und mit mehr Steuergeldern neue Regulierungen schaffen wollen. Freiheit ist das höchste Gut eines Landes und seiner Bewohner. In drei zentralen Themenbereichen kämpft die SVP für mehr Freiheit.

Einmal geht es um die Freiheit und Unabhängigkeit unseres Landes. Freiheit, Unabhängigkeit und Neutralität werden durch ein immer engmaschigeres Netz von internationalen Vereinbarungen zunehmend unterhöhlt und ausgehebelt. Die SVP wird sich auch in den kommenden Jahren für die Freiheit unseres Landes und seiner Bürger einsetzen. Im Vordergrund steht der Kampf gegen einen EU-Beitritt, der vom Bundesrat und den anderen Parteien nach wie vor angestrebt wird.

Um mehr Freiheit geht es auch bei den Steuern, Gebühren und Abgaben. Unsere persönliche Freiheit wird durch immer höhere Steuern, Gebühren und Abgaben - ich denke hier insbesondere an die explodierenden Krankenkassenprämien - immer mehr beschnitten. Das Geld für persönliche Bedürfnisse fehlt, weil wir immer mehr dem Staat abliefern müssen. Rechnet man die Zwangsabgaben mit ein, sind es bald 50 % unseres Verdienstes. Auch die aufgehäuften Schulden sind nichts anderes als noch nicht bezahlte Steuern. Die SVP fordert, dass staatliche Zwangsabgaben gesenkt werden und fordert mit dem Finanzreferendum auf Bundesebene das Mitsprechrecht des Volkes bei Geldverschleuderungen wie Swissair oder Expo. Mit der Prämiensenkungsinitiative, für die die Unterschriftensammlung seit Februar läuft, will die SVP die Freiheit der Bürger bei der Krankenversicherung stärken und damit die Prämien massiv senken (www.svp.ch). Haben Sie schon unterschrieben?

Um Freiheit geht es letztlich auch beim ganzen Problemkreis Sicherheit. Die Freiheit, sich jederzeit und überall frei bewegen zu können, wird eingeschränkt. Bandenmässige Kriminalität, Drogenhandel und Gewaltdelikte sind unter anderem das Produkt einer zu largen Asylpolitik, bzw. der Duldung des Asylmissbrauchs. Freiheit hängt eng zusammen mit der Lebensqualität in unserem Land. Die SVP setzt sich mit Ihrer Wahlplattform für diese Schweizer Qualität ein. ◀

Nationalrat Ueli Maurer, Präsident SVP Schweiz



Computer-animierter Asyltourismus

Haben Sie schon einmal virtuell Asyl gesucht? „Schlüpfen Sie in die Haut eines Asylsuchenden!“ Unterstützt von modernster Computer-Animation, begrüsst Sie Spielfeldassistentin Angelina. Man werde im folgenden Spiel wichtige und neue Erfahrungen machen, verspricht sie...

Zuerst gilt es eine Identität zu wählen. Zur Auswahl stehen u.a. der algerische Samir (22), Celestina (21) aus Angola, Bajran (35) aus Kosovo, die Türkin Leyla (31) und der Tamile Ponnambulan (45). Entscheiden wir uns für Bajran, der gemäss eingeleitetem Steckbrief gearbeitet hat und nun „von seinen Landsleuten belästigt“ wird. Bei der Flucht aus dem Kosovo dürfen wir 5 Objekte mitnehmen: Bücher, Drogen, einen Esel, Frau, Kind, Grosstante, eigene Papiere, falsche Papiere, Waffen, einen Schlepper usw. Beim Ausfüllen des Asylgesuchs können wir wählen, welchen Namen, welche Nationalität und welche Begründung wir angeben möchten. Schliesslich können wir bestimmen, ob wir die richtigen oder aber falsche Papiere abgeben wollen - oder ob wir gar nichts abgeben.

Wenn Sie oben Drogen und Waffen gewählt haben, kommen Sie gemäss den Spielregeln nach dem Schritt „Asylgesuch“ ins Gefängnis. Assistentin Angelina beruhigt aber, dass auch ein „straffälliger Asylsuchender in der Schweiz als Flüchtling anerkannt“ werden könne - Straf- und Asylrecht seien eben „zwei unterschiedliche Dinge“. Falls das Asylgesuch abgelehnt wird, können wir wählen, ob wir freiwillig zurückkehren wollen, Rekurs einlegen oder ganz einfach untertauchen. Angelina weiss auch hierzu einen Kommentar: „Du bist untergetaucht. Nun bist Du ganz auf Dich alleine gestellt.“

Bei diesem Spiel handelt es sich weder um eine Osterüberraschung der Schweizer Demokraten noch um einen misslungenen Aprilscherz des „Sonntagsblick“. Dieses Spiel finden Sie auf der Internetseite des Bundesamts für Flüchtlinge (www.swiss-checkin.ch). Man fragt sich mit Fug und Recht, wie diese Leute dazu kommen, solchen Unsinn auf Kosten der Steuerzahler zu produzieren. Und man fragt sich weiter, wie viel eigentlich noch passieren muss, bis Bundesrätin Metzler endlich einmal etwas unternimmt, um in dieser Asylmisere aufzuräumen.

Gregor A. Rutz, Generalsekretär



JA zur Armee XXI

Die Glaubwürdigkeit unserer Unabhängigkeit und dauernd bewaffneten Neutralität verlangt eine starke Armee, die den Veränderungen der Bedrohungslage sowie des gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Umfeldes gerecht wird. Unsere heutige Armee genügt den Anforderungen der Zeit nicht mehr. Das Schweizervolk hat am 18. Mai 2003 über die Änderung des Militärgesetzes, über die neue Armee XXI, zu befinden.

Die Armee 95 kann den Verfassungsauftrag nicht mehr erfüllen, da ihr Kader, Mannschaft und finanzielle Mittel für Ausrüstung und Bewaffnung fehlen. Die massiven Militärbudgetkürzungen der letzten 15 Jahre um mehr als einen Drittel, die Veränderungen der sicherheitspolitischen Lage, der Bedrohungen und Gefahren sowie auch die gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen zwingen uns zu einer tief greifenden Umbildung der Armee.

Mittel effizienter einsetzen

Die Bestände der Armee werden reduziert von heute 360'000 Armeeangehörige auf 120'000 Aktive, rund 20'000 Rekruten und 80'000 Militärdienstpflichtige in der Reserve. Demgegenüber wird der Bestand an Zeitmilitär von 150 auf 1500 und jener der Berufsmilitär von 3300 auf 3700 erhöht. Neu haben Milizangehörige die Möglichkeit, ihre Dienstpflicht an einem Stück als Durchdiener zu absolvieren, wobei max. 15 % eines RS-Jahrganges diese Dienstform wählen können. Kritiker sehen darin die Gefahr ungenügender Sicherheit für die Bevölkerung und das beginnende Ende des Milizgedankens. Beides ist unzutreffend. Die Verkleinerung

der Armee wird vielmehr zu einem effizienteren Mitteleinsatz in moderne Ausbildung, Ausrüstung und Bewaffnung führen. Es kann indes kaum ernsthaft von Professionalisierung oder Abbau der Miliz gesprochen werden, wenn von 140'000 Aktiven nur rund 5200 den Status „Berufsmilitär“ haben.



► Armee XXI: Für die Zukunft gerüstet!

Bessere Ausbildung

Entscheidend ist sodann die bessere Ausbildung. Die Rekrutenschule wird von 15 auf 18 oder 21 Wochen je nach Truppengattung verlängert und das höhere Ausbildungsniveau wird durch wieder jährlich stattfindende Wiederholungskurse beibehalten. Die Armee XXI wird zwar kleiner, aber sie wird besser ausgebildet, moderner ausge-

rüstet und somit effizient und glaubwürdig sein. Sie wird ausserdem auch den gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Bedürfnissen besser Rechnung tragen, denn der Militärdienst wird insgesamt kürzer und straffer. Die Entlassung der Soldaten erfolgt nach 260 Dienstitagen in der Regel im Alter von 30 Jahren; Offiziere beenden ihre Dienstpflicht je nach Dienstgrad im Alter zwischen 36-50 Jahren. Es wird dadurch einfacher sein Familie, Beruf und Militärdienst unter einen Hut zu bringen.

Auftrag Landesverteidigung

Der verfassungsmässige Auftrag der Armee, namentlich die Landesverteidigung, bei Bedarf die Unterstützung



► Barbara Janom Steiner, Präsidentin SVP Graubünden

zusammenarbeit, bei Einsätzen zur Friedensförderung und humanitären Hilfeleistungen auch im Ausland unter Beweis stellen. Als Instrument der Sicherheitspolitik hat sie aber auch wenigstens die Möglichkeit einer militärischen Zusammenarbeit, nämlich für den Fall eines Angriffes, den sie nicht autonom abwehren könnte. Unabhängigkeit und Neutralität erleiden dadurch keinen Abbruch, vielmehr stehen gerade zu deren Wahrung so alle Mittel zur Verfügung.

Die SVP hat sich immer für eine moderne, leistungsfähige und glaubwürdige Milizarmee eingesetzt. Die Militärgesetzesrevision schafft die Grundvoraussetzung für eine solche Armee; eine immer noch grosse Armee mit einer hohen Verteidigungskompetenz, die sich neuen Bedrohungslagen anpassen kann und die in der Lage sein wird, den Verfassungsauftrag zu erfüllen. Ein Nein zur Armee XXI würde vor allem Armeeabschaffer freuen. Bis zum Vorliegen neuer Reformpläne vergingen mindestens 5-10 Jahre, zuviel Zeit für jene, die einmal mehr rufen würden, dass es eine Armee gar nicht braucht. Jede Armee reform hat grosse Kontroversen ausgelöst, da keine allen Ansprüchen gerecht werden konnte und da jede Reform auch Risiken beinhaltet. Bei allen Vorbehalten dürfen aber gerade wir kein falsches Zeichen setzen. Die Armee XXI kann sich den Herausforderungen der Zukunft stellen - sagen Sie darum JA. ◀



Vom Ausland abhängig!

Der Atom-Ausstieg macht unsere Stromversorgung abhängig vom Ausland. Er führt zu hohen Strompreisen und belastet die Luft noch mehr mit Treibhausgasen. Wir verlieren die Kontrolle über unseren Strom und über die Kraftwerke. Keine Spiele mit unserer sicheren Stromversorgung! Deshalb: 2x Nein zu den Atom-Ausstiegs-Initiativen!

am 18. Mai
2xNEIN

Nein zum «MoratoriumPlus»
Nein zu «Strom ohne Atom»



Aktion für vernünftige
Energiepolitik, AVES Schweiz,
Postfach 527, 8027 Zürich



JA zum neuen Bevölkerungs- und Zivilschutzgesetz

Die Delegierten unserer Partei haben anlässlich der DV in Lausanne vom 5. April mit 161 Ja zu 151 Nein dem neuen Bevölkerungs- und Zivilschutzgesetz BZG zugestimmt. Worum geht es eigentlich?

Veränderte Rahmenbedingungen

Der Schutz der Bevölkerung ist eine wichtige Aufgabe von Bund, Kantonen und Gemeinden. Unter Berücksichtigung der gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen ist von zentraler Bedeutung, dass dieser Schutz auf aktuelle und künftige Gefährdungen und Bedrohungen ausgerichtet ist. Im Vordergrund stehen unter anderem Katastrophen, Notlagen und terroristische Gewaltakte usw. Auch das Szenario eines heute zwar eher unwahrscheinlichen bewaffneten Konfliktes in der Schweiz ist mitberücksichtigt. Aus dieser Sicht bleiben die Schutzbauten für die Bevölkerung bestehen.

Bündelung der Kräfte

Die Reform berücksichtigt die heutigen Gefährdungen und Bedrohungen. Mit der Bündelung der Kräfte von Polizei, Feuerwehr, Gesundheitswesen, technischen Betrieben und dem Zivilschutz werden verschiedene Einsatzorganisationen zu einem starken zivilen Verbund geschaffen. Synergien werden genutzt, Doppelspurigkeiten abgebaut oder gar vermieden.

Mit der Einbettung des Zivilschutzes in das neue Bevölkerungs-Verbundsystem ergeben sich beim Zivilschutz organisatorische und bestandes-

mässige Anpassungen. Der Zivilschutz wird zwar insgesamt einfacher organisiert und bestandesmässig kleiner, seine Dienstleistungen hingegen effizienter, flexibler und vor allem dank verbesserter Aus- und Weiterbildungs- und Einsatzerfahrung wesentlich vielseitiger. Auch die Senkung der Dienstpflichtdauer nimmt Rücksicht auf die Bedürfnisse der Gesellschaft und der Wirtschaft.

Entstehungsgeschichte

Auf der Grundlage des Sicherheitspolitischen Berichtes 2000 mit der Kernbotschaft „Sicherheit durch Kooperation“ wurde das Konzept und verschiedene Gefährdungsannahmen in enger Zusammenarbeit von Bund, Kantonen und Partnerorganisationen entwickelt, und in Eckwerte (Leitlinien) für den Bevölkerungsschutz erfasst. Insbesondere die neue Organisation, die angepassten Zivilschutz-Bestände sowie der neue Aufgaben- und Kostenverteilungsschlüssel wurden in einem Vernehmlassungsverfahren zwischen Bund und Kantonen breit diskutiert, und auf ihre Machbarkeit überprüft. Das anschliessende Vernehmlassungsverfahren zum Leitbild und zum Gesetz im Frühling und Sommer 2001 führte zu keinen wesentlichen Änderungen mehr. In der Schlussabstimmung der eidgenössischen Räte anlässlich der Herbstsession 2002 wurde die Vorlage im Ständerat einstimmig, und im Nationalrat mit

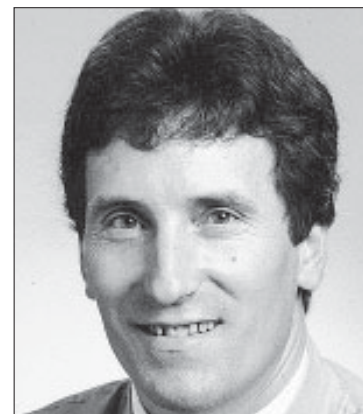
nur einer Gegenstimme angenommen.

Neue Aufgabenteilung

Bewaffnete Konflikte, Verstrahlungslagen und Epidemien gehören in die Zuständigkeit des Bundes. Katastrophen, Notlagen und Alltagsereignisse sind bei den Kantonen angesiedelt, sofern diese nicht nationale Ausmasse erreichen. Diese Aufgabenteilung entspricht einem ausdrücklichen Wunsch der Kantone. Sie sind es, welche die Bedürfnisse und Mittel für ihre Bevölkerung und in ihrem Hoheitsgebiet am besten kennen und entsprechend reagieren können. Die neue Aufgabenteilung entspricht auch dem föderalistischen Charakter unseres Landes. Sie ermöglicht nicht zuletzt eine zielgerichtete und effiziente Hilfeleistung zugunsten der betroffenen Menschen.

Transparente und bedarfsgerechte Finanzierung

Der neue und insgesamt kos-



► Kantonsrat Kurt Küng, Feldbrunnen (SO)

tenneutrale Finanzierungsmodus zwischen Bund und den Kantonen, das heisst der Wechsel von der Beitragsfinanzierung zur Zuständigkeitsfinanzierung, betrifft nur den Zivilschutz. Bund und Kantone (inklusive Gemeinden) tragen damit gemäss den gesetzlich festgelegten Zuständigkeiten die jeweils anfallenden Kosten. Die bisherigen Subventionen, abgestuft nach der Finanzkraft der Kantone, entfallen. Das neue Finanzierungssystem beinhaltet den Leitgedanken: „jeden Sicherheitsfranken optimal einsetzen“. Dadurch wird insgesamt eine transparente und bedarfsgerechte Finanzierung erreicht, und in der Tendenz die Gesamtkosten durch die Reform gesenkt. ◀



Vom Auto abhängig

Die SVP lehnt die Sonntags-Initiative, die pro Jahr 4 autofreie Sonntage einführen will, klar ab. Unsere Gesellschaft ist so stark vom motorisierten Verkehr abhängig, dass ein - auch zeitlich befristetes - Verbot seiner Nutzung verantwortungslos wäre.

Die Sonntags-Initiative würde verschiedene Bevölkerungsgruppen, die besonders auf den motorisierten Verkehr angewiesen sind, benachteiligen: Die ländliche Bevölkerung, die schlecht ans Netz des öffentlichen Verkehrs angeschlossen ist; die Landwirte, die sich wegen dem Wetter ihre Arbeitstage öfters nicht aussuchen können; die Kirchgänger, die nur mit dem Auto zur Kirche fahren können; gebrechliche Menschen, uvm. Mit dem Verbot des Autover-

kehrs müssten wohl mangels Teilnehmern auch zahlreiche sportliche und kulturelle Veranstaltungen abgesagt werden.

Niemals verkehrsfrei

Ausserdem müsste die Frage geregelt werden, ob für die Fahrt zur Arbeit Ausnahmen gewährt werden. Wenn die Buschauffeure und Lokomotivführer nicht mit dem Auto ins Depot fahren dürfen, wird

es kaum öffentlichen Verkehr geben. Wenn die Hebammen nur mit dem Velo zur Arbeit fahren können, ist es nicht ratsam, an einem autofreien Sonntag zu gebären. Es ist somit klar, dass die Strassen wegen der zahlreichen Ausnahmen, wie sie auch von den Initianten bereits angekündigt wurden, niemals vollständig verkehrsfrei sein werden.

Da also auch an autofreien Sonntagen viele Autos und Busse unterwegs sein werden, ist es eine Illusion, die Strassen und Plätze für neue Nutzungsmöglichkeiten öffnen zu wollen. Angesichts der sorglos die Strasse erobernden Fussgänger, Velofahrer und Skater entstünde eine erhebliche Unfallgefahr.

Lokale Ebene geeigneter

Bei der heutigen Rechtslage ist es durchaus möglich, autofreie Sonntage auf lokaler Ebene durchzuführen. An verschiedenen Orten wird dies auch gemacht. Bei kleinräumigen Aktionen werden die erwähnten Probleme flächendeckender Fahrverbote deutlich reduziert.

Die Sonntags-Initiative ist nur auf den ersten Blick attraktiv. Beim genaueren Hinsehen entpuppt sie sich als unrealistische Wunschvorstellung. Die SVP ruft die Stimmbürger deshalb zur Ablehnung auf. ◀

Yves Bichsel,
Pressesprecher SVP

18. Mai 2003



NEIN

Staatlich verordneter Stillstand?

Weltfremde Theoretiker wollen uns per Initiative das Autofahren in der Schweiz an vier Sonntagen verbieten.

Diese Initiative ist in höchstem Masse kontraproduktiv

- Sie benachteiligt die Rand- und Bergregionen, die vom öffentlichen Verkehr nur schlecht oder gar nicht bedient werden.
- Sie hat markant negative wirtschaftliche Auswirkungen auf den Tourismus aber auch auf sportliche oder kulturelle Anlässe.
- Sie stellt all jene vor schier unlösbare Probleme, die auch am Sonntag arbeiten und auf das Auto angewiesen sind.
- Sie verursacht riesigen bürokratischen Aufwand für das Prüfen und Erteilen von Ausnahmegewilligungen.

Die Sonntagsfahrverbote: Freudlos, überflüssig, freiheits- und wirtschaftsfeindlich. Und das vier Mal Jahr für Jahr.

Spannend bis zum Schluss...



► Nationalrat Toni Brunner im Gespräch mit einem Delegierten.



► Stand im Zentrum des Interesses: Bundesrat Samuel Schmid wurde bei seiner Ankunft in Lausanne von den Medien förmlich belagert.



► Sorgte für Stimmung: Die Blasmusikformation der SVP Waadt



► Nationalrat Ulrich Schlür: Engagiertes Votum gegen die Armee XXI



► Lockere Stimmung bei Parteipräsident Ueli Maurer und Fraktionspräsident Caspar Baader



► Bundesrat Samuel Schmid: In seinem Referat zeigte er den Delegierten, in welche Richtung es mit der neuen Armee XXI gehen soll.



► Zeit für wichtige Gespräche am Rande der Delegiertenversammlung.



► Jede Stimme zählt: Nationalrat Ulrich Schlür und Bundesrat Samuel Schmid bei der spannenden Abstimmung zu den beiden Armeevorlagen.



Eine Stimme für die fünfte Schweiz

Gemäss Bundesverfassung fördert der Bund die Beziehungen zwischen Ausland- und Inlandschweizern. Er tut dies hauptsächlich über die Auslandschweizer-Organisation ASO. Die Auslandschweizerinnen und Auslandschweizer brauchen aber direkte Stimmen in Bern.

Die SVP International will die Aufmerksamkeit darauf lenken, wie schwierig es für die rund 83'000 in den Stimmregistern eingetragenen Schweizer Stimmbürger im Ausland ist, ihre Stimme wirkungsvoll einzubringen.

Eingeschränkte Wahlmöglichkeiten

Auslandschweizer können in jenem Kanton stimmen und wählen, in dem sie als stimm- und wahlberechtigter Bürger eingetragen sind. Konkret heisst dies auch, dass ein kandidierender Auslandschwei-

zer nur von anderen Auslandsschweizern gewählt werden kann, wenn diese im gleichen Kanton gemeldet sind wie der Kandidierende. Die Chancen eines Auslandschweizer Kandidaten hängen somit vor allem vom inländischen Wahlkampf im jeweiligen Kanton ab. Kein Wunder liegt die Stimmbeteiligung der Wählerinnen und Wähler im Ausland bei Sachabstimmungen zwar höher als im Inland, fällt bei Wahlen aber auf das inländische Niveau zurück.

SVP International will möglichst vielen Auslandschweizerinnen und Auslandschweizern die Chance geben, auch

einem Auslandschweizer die Stimme zu geben. Daher wird sie in mehreren Kantonen mit Listen antreten.

Maximierung der Möglichkeiten

Mittelfristig muss es aber das Ziel sein, aus der fünften Schweiz einen Kanton zu machen, damit der Spiegel von aussen, die Stimme aus der Welt auch in der Schweiz garantiert gehört wird. ◀



▶ Rolf B. Schudel
Präsident SVP International

BV Art. 40 Auslandschweizerinnen und Auslandschweizer

¹ Der Bund fördert die Beziehungen der Auslandschweizerinnen und Auslandschweizer untereinander und zur Schweiz. Er kann Organisationen unterstützen, die dieses Ziel verfolgen.

² Er erlässt Vorschriften über die Rechte und Pflichten der Auslandschweizerinnen und Auslandschweizer, namentlich in Bezug auf die Ausübung der politischen Rechte im Bund, die Erfüllung der Pflicht, Militär- oder Ersatzdienst zu leisten, die Unterstützung sowie die Sozialversicherungen.

Online-Bestellung auf www.svp.ch

Bestellung SVP Shop



..... Expl. Offiziersmesser	Original Victorinox	Fr. 20.--
..... Expl. Kleber	Bogen à 35 Kleber	Fr. 6.--
..... Expl. Jass	deutschschweizer Karten franz. Karten	Fr. 3.--
..... Expl. Ballone	Sack à 50 Stück	Fr. 40.--
..... Expl. Kugelschreiber		Fr. 2.50
..... Expl. Feuerzeug	nachfüllbar	Fr. 5.--
..... Expl. Tischtuchrolle	PVC, 1 x 100 m	Fr. 100.--

Alle Preise exkl. Versandkosten; inkl. MWST



Fr. 20.--

Name Vorname

Adresse PLZ/Ort

Telefon Mail

Ort Datum Unterschrift

Bitte Talon einsenden an: Generalsekretariat SVP, Postfach, 3000 Bern 26, per Fax an 031 301 75 85 oder Mail gs@svp.ch



Swiss: Überleben trotz Kapitalschnitt fraglich

Die Swiss weist für 2002 bei einem Umsatz von 4,3 Mrd. einen Verlust von 980 Mio. aus. Das Projekt „Phoenix“, das der Vorlage an das Parlament zugrunde lag, ging für 2002 von einem Verlust von 722 Mio. aus. Für 2003 wurde bereits ein Gewinn von 90 Mio. in Aussicht gestellt. Der für 2004 vorgesehene Reingewinn von 306 sei nur pro memoria erwähnt, um die Realitätsfremde der damaligen Vorlage aufzuzeigen. Der Geschäftsgang der Swiss ist derart schlecht, dass eine erneute massive Redimensionierung kaum noch abzuwenden ist. Kein Wunder verlassen führende Manager und einzelne Verwaltungsräte das

sinkende Schiff.

Schwindendes Kapital

Die Eigenmittel schrumpften bis Ende 2002 auf 1,7 Mrd. Damit hat die Swiss seit der Kapitalspritze durch den Staat und Private vom ursprünglichen Eigenkapital von rund 3 Mrd. (Aktienemissionen 2561 Mio., Eigenmittel der Crossair 486 Mio.) bereits 1,3 Mrd. verloren. Für das laufende Jahr wird erneut ein Verlust von 300-600 Mio. erwartet. Damit wird die Eigenkapitaldecke auf gegen 1 Mrd. bzw. rund 20% der Bilanzsumme oder sogar darunter fallen, je nach dem wie stark

die Flottenerneuerung im Ausmass von 3,2 Mrd. (Kaufverpflichtungen per Ende 2002) bilanzmässig zu Buche schlägt. Die Swiss kündigte Ende März 2003 eine Halbierung der Bestellungen von 60 Embraer und eine verzögerte Ablieferung ab 2004 und Verhandlungen mit der Airbus über die Staffelung der Auslieferung der letzten 5 A-340 an. Diese Massnahmen entschärfen kurzfristig die Liquiditätslage, können aber ein weiteres Absinken der Eigenmittel nicht verhindern. Fallen diese auf unter 50% des nominellen Aktienkapitals plus gesetzliche Reserve, d.h. auf rund 1,4 bis 1,5 Mrd., muss das Unternehmen eine

GV einberufen und Sanierungsmassnahmen vorlegen. Werden diese von der Kontrollstelle nicht als ausreichend erachtet, ist der Schritt zum Richter gesetzlich vorgeschrieben. Die Swiss versucht nun zwar, mit einem Kapitalschnitt von 50 auf 32 Franken pro Aktie dieses zweite finanzielle Grounding zu verzögern. Die neue kritische Eigenmittelgrenze liegt nach dem Kapitalschnitt bei rund 1 Mrd. Franken, ein Niveau das möglicherweise vor Ende 2003 erreicht wird, womit sich bereits die Frage nach dem nächsten Kapitalschnitt stellt. ◀

Nationalrat Hans Kaufmann,
Wettswil (ZH)

STADLER

Clevere Lösungen auf der Schiene

Damit Bahnfahren Spass macht.

Stadler Bussnang AG
CH-9565 Bussnang
Telefon +41 (0)71 626 20 20
E-Mail stadler.bussnang@stadlerrail.ch
www.stadlerrail.com



Abstimmungsmarathon am 18. Mai

Seit über 100 Jahren hatte das Schweizer Stimmvolk nicht mehr über 9 Vorlagen in einem Urnengang zu befinden. Hier ein Überblick aller Vorlagen und der Parolen der SVP:

1 Armee XXI

Mit der Armeeform passt sich die Schweizer Armee den aktuellen Bedrohungsformen an. Dies geschieht durch Neuerungen in der Organisation, der Ausbildung und der Ausrüstung. Insbesondere wird die Armee XXI flexibler als ihre Vorgängerin. Die Bestände werden gesenkt und die Dienstzeit reduziert. Berufsmilitär und Durchdiener werden eine grössere Rolle spielen. Mit der Senkung des Entlassungsalters der Soldaten auf 30 Jahre wird der veränderten Haltung der Wirtschaft zur Armee Rechnung getragen.

► **Ja-Parole**

2 Bevölkerungsschutz

Mit dem neuen Gesetz wird das Zusammenspiel von Polizei, Feuerwehr, Gesundheitswesen, technischen Betrieben und Zivilschutz stark verbessert. Die Kompetenzen werden klarer definiert, Doppelspurigkeiten aufgehoben. Der Schwerpunkt der Tätigkeit wird auf die Katastrophen- und Nothilfe gesetzt. Der Bestand des Zivilschutzes wird reduziert, das Entlassungsalter von 50 auf 40 Jahre gesenkt und die Zivilschutzpflicht für entlassene Armeeangehörige aufgehoben.

► **Ja-Parole**

3 Mieter-Initiative

Der Mieterverband will dem Wohnungsmarkt ein starres Korsett überstülpen. Insbesondere die Gestaltung des Mietzinses wird sehr detailliert

geregelt. Der Kündigungsschutz wird sehr stark ausgebaut, so dass von einer teilweisen Enteignung gesprochen werden muss. Die neuen Regeln behindern den Markt im Wohnungswesen und führen dazu, dass Investitionen in Immobilien unattraktiv werden. So trägt die Mieter-Initiative letztlich zu einer Verschärfung der Wohnungsknappheit bei.

► **Nein-Parole**

4 Sonntags-Initiative

An vier Sonntagen im Jahr soll die Benützung privater Motorfahrzeuge verboten werden. Der öffentliche Verkehr würde wie üblich abgewickelt. Die Sonntags-Initiative bringt insbesondere für den Tourismus und die Randregionen grosse Nachteile mit sich.

► **Nein-Parole**

5 SP-Gesundheitsinitiative

Die SP will das Gesundheitswesen statt über Krankenkassenprämien durch eine Erhöhung der Mehrwertsteuer und der Einkommenssteuer sowie durch die Einführung einer eidgenössischen Vermögenssteuer finanzieren. Benachteiligt werden Personen mit wenig Einkommen und gewissem Vermögen wie Landwirte oder Eigenheimbesitzer. Auch arme Menschen, deren Prämien heute vollständig von der Prämienverbilligung übernommen werden, müssten wegen der Mehrwertsteuererhöhung einen stärkeren Beitrag an die Gesundheitskosten leisten. Es handelt sich hier um eine ty-

pische Umverteilungsübung und reine Symptombekämpfung, die für die Begrenzung der explodierenden Gesamtkosten kaum einen Beitrag leistet. Mit der Prämiensenkungsinitiative sammelt die SVP Unterschriften für ein bürgerliches Gegenkonzept, das die Probleme im Kern angeht.

► **Nein-Parole**

6 Behinderten-Initiative

Die Behinderten-Organisationen wollen den Zugang zu Bauten und Anlagen, die für die Öffentlichkeit bestimmt sind, ohne Übergangsfrist gewährleisten. Sämtliche Quartierläden, Sportstadien, Beizen, öffentliche Transportmittel - um nur einige Beispiele zu nennen - müssten unverzüglich umgebaut werden. Vorbehalten bleibt die wirtschaftliche Zumutbarkeit. Diese müsste jedoch in Einzelfällen von Gerichten beurteilt werden. Langwierige und kostspielige Verfahren wären die Folge.

► **Nein-Parole**

7 Strom ohne Atom

Diese Initiative verlangt die Abschaltung aller schweizerischen Kernkraftwerke. Bezau 1 und 2 sowie Mühleberg müssten bereits übernächstes Jahr vom Netz genommen werden. Die Initiative sagt nichts darüber, wie der fehlende Strom ersetzt werden soll. Alternative Energiequellen wie Sonne, Wind etc. können die Lücke kurz- und mittelfristig nicht schliessen. Ein Ausbau der umweltfreundlichen

Wasserkraft wird von den gleichen Kreisen bekämpft, die aus der Kernenergie aussteigen wollen.

► **Nein-Parole**

8 MoratoriumPlus

Die Initiative will den Bau neuer Kernkraftwerke für die nächsten 10 Jahre verbieten. Da dies ohnehin nicht geplant ist, tritt das Kleingedruckte in den Vordergrund: Die Betriebszeit der KKW wird, unabhängig vom Zustand des Werks, grundsätzlich auf 40 Jahre beschränkt. Eine Weiterführung des Betriebs benötigt eine Volksabstimmung. Der Abschied von der Kernenergie gefährdet die CO²-Reduktionsziele. Die Kosten einer frühzeitigen Abschaltung der KKW und der Aufbau von Ersatzwerken wären gigantisch.

► **Nein-Parole**

9 Lehrstellen-Initiative

Gewerkschaften und Jugendverbände wollen dem Staat die Aufgabe aufbürden, jedem Schulabgänger eine Lehrstelle zu garantieren. Die gewünschte Rollenverteilung ist einseitig und schliesst die Wirtschaft als wichtigen Partner in der Berufsbildung aus. Arbeitgeber müssten eine „Berufsbildungsabgabe“ leisten, die zur Finanzierung der staatlichen Lehrlingsausbildung eingesetzt würde. Das Resultat: Höhere Steuern und mehr Bürokratie.

► **Nein-Parole**

Fraktionssitzung in Freiburg

Am 25. April trafen sich die SVP-Parlamentarier zur Vorbereitungssitzung im Hinblick auf die Sondersession in Freiburg. Damit setzt sich die Reihe der im Wahljahr ausserhalb von Bern stattfindenden Fraktionssitzungen fort. Die Schweizer Reise der Fraktion hatte im Februar in Schwyz begonnen und wird mit der kommenden Sitzung im Mai dann wieder in die Ostschweiz führen, nämlich ins ausserrhodische Heiden.

Fraktion trifft KMU

Die Fraktion liess es sich nicht nehmen, sich vor Ort mit Unternehmern der lokalen Gewerbebetriebe zu treffen. Ein neuer Aufschwung für die Wirtschaft kann nur gelingen, wenn den Anliegen der KMU Gehör geschenkt und in den parlamentarischen Entscheidungen Rechnung getragen wird. Die Senkung der Unternehmenssteuer, die Verhinderung neuer zusätzlicher Belastungen und der Abbau bestehender Hürden sind nur einige der Ansätze, um das Überleben dieser Betriebe und damit den Erhalt der unzähligen Arbeitsplätze auch in Zukunft zu sichern. Im direkten Gespräch erhielten die Freiburger Gelegenheiten, den Parlamentariern weitere Anliegen nach Bern mitzugeben.

G8-Gipfel macht Sorgen

Angesichts des zu erwartenden Sicherheitsrisikos am Rande des G8-Gipfels in Evian wurde auch dieses Thema in Freiburg heiss diskutiert. Nicht nur der Romandie ist es ein Anliegen, dass der Bundesrat die betroffenen Kantone nicht im Stich lässt und die nötigen Massnahmen ergreift.

Die Schweiz muss unter Beweis stellen, dass sie fähig ist, die Sicherheit auch am Rande solcher Anlässe zu garantieren. Sie muss aber auch zeigen, dass sie nicht beliebig für andere Länder die Arbeit macht und darüber hinaus den Löwenanteil der Kosten trägt. Leider lässt die Aussenpolitik der jüngeren Zeit nicht viel



► Interessante Diskussionen sind vorprogrammiert: (v.l.n.r.) Die Nationalräte Otto Laubacher, Toni Bortoluzzi, Jürg Stahl, Toni Brunner und Peter Föhn

Gutes für den künftigen Umgang mit ähnlichen Herausforderungen hoffen. Die SVP-Fraktion wird der Aussenministerin zu verschiedenen aussenpolitischen Problemfeldern noch einige kritische Fragen stellen müssen.

Einmal mehr kostenintensive Geschäfte

Da nur der Nationalrat während der Sondersession tagt, stehen lediglich die in dieser Kammer hängigen Geschäfte auf dem Programm. Von Interesse sind insbesondere die 11. AHV-Revision, die 1. BVG-Revision, die Begrenzung des Anstiegs der Invalidisierungsquote sowie die Tourismusförderung, aber auch die Fortsetzung der Diskussion um die Agrarpolitik 2007. Da der Nationalrat die Ausgabenfreudigere der beiden Kammern ist, wird die Session bei aller Kürze wohl auch diesmal einiges an Mehrausgaben für die Bundeskasse bescheren. Dabei ist gegen Steuererleichterungen



► Alikei M. Panayides
stv. Generalsekretärin

von der vergoldeten Pensionierung von Chefbeamten - muss angesichts der maroden Bundesfinanzen von Fahrlässigkeit gesprochen werden.

Die Zukunft der Bildung

Die Förderung von Bildung, Forschung und Technologie in den Jahren 2004-2007 ist eines der zentralen Geschäfte im Hinblick auf die Zukunft unseres Landes. Auch hier ist bei jedem Punkt die Frage zu stellen, ob es sich um eine echte lohnende Investition handelt oder aber um Geld, das für Beton statt für Köpfe ausgegeben wird. Die Kommission hat um gute Kompromisse hart gerungen. Die bevorstehende Abstimmung über die Lehrstelleninitiative zeigt, wie stark die Diskussionen um Bildung von Emotionen, gut gemeinten Vorschlägen und falschen Vorstellungen geprägt sind. Auch die Initiative will für die Zukunft der Jungen sorgen, tut aber das Gegenteil. Es gilt, auch bei der Bildungs- und Forschungsvorlage nicht am Ziel vorbeizuschiesen. ◀

Wähleranteile weiter ausgebaut

Ende März / Anfang April fanden Wahlen in zahlreichen Kantonen und in den Genfer Gemeinden statt. Die SVP konnte ihren Wähleranteil überall steigern und gewann im Kanton Appenzell-Ausserrhoden einen zweiten Regierungsratssitz hinzu.



Basel-Landschaft

Bei den Landratswahlen legte die SVP von 15.9 % auf 21.8 % zu. Die Sitzzahl stieg von 14 auf 20, womit die SVP zur stärksten bürgerlichen Partei wurde. Seit 1995 hat sich der Wähleranteil der SVP BL beinahe verdoppelt. Diese sehr erfreuliche Entwicklung ist u.a. eine Folge zahlreicher Sektionsgründungen im unteren Kantonsenteil. Im Regierungsrat wurde Volkswirtschafts- und Sanitätsdirektor Erich Straumann als Viertplatzierte komfortabel wiedergewählt und liess die streitbare SP-Nationalrätin Susanne Leutenegger Oberholzer weit hinter sich.



Appenzell Ausserrhoden

Die SVP AR errang mit der Wahl von Köbi Frei in den Regierungsrat einen grossartigen Erfolg. Frei setzte sich im zweiten Wahlgang gegen

den Kandidaten der SP durch. Der Ausserrhoder Regierungsrat besteht nun aus 5 Freisinnigen und 2 SVP-Vertretern. Dies, nachdem der bisherige Hans Diem, Vorsteher der Landwirtschafts- und Forstdirektion und der Sicherheitsdirektion, bereits im ersten Wahlgang bestätigt wurde. Auch im Kantonsrat gehörte die SVP zu den Gewinnern. Ihr Wähleranteil stieg von 10.7 % auf 15.9 %. Dies reichte für den Gewinn von 3 zusätzlichen Sitzen, so dass die SVP nun 10 Sitze besetzt. Die Sitzzahl wird allenfalls weiter zunehmen, da weitere 2 Kantonsratssitze, die gegenwärtig vakant sind, erst im zweiten Wahlgang vom 18. Mai besetzt werden.



Zürich

Der SVP Zürich gelang eine weitere Steigerung ihres Wähleranteils von 28.6 % auf 30.2 %, womit sie die mit Abstand stärkste Partei des Kantons bleibt. Sie konsolidierte damit ihren

Erdrutschsieg von 1999. Die Sitzzahl stieg von 60 auf 61. Hätte die FDP nicht auf eine Listenverbindung verzichtet, wäre der Sitzgewinn der SVP höher ausgefallen und die FDP hätte nicht einen derart starken Einbruch hinnehmen müssen. Insbesondere wäre dann FDP-Fraktionspräsident Balz Hösly nicht abgewählt worden. Im Regierungsrat gelang es der SVP nicht, einen dritten Sitz zu gewinnen. Hans Rutschmann erreichte zwar mit 53.6 % der Stimmen das absolute Mehr, kam aber nur auf den neunten Platz. Es fehlten ihm 2.0 % für die Wahl. Die bisherigen Christian Huber und Rita Fuhrer wurden auf den Plätzen 2 und 3 glänzend wiedergewählt.



Luzern

In Luzern steigerte die SVP ihren Wähleranteil erneut, von 17.0 % auf 21.7 %, und gewann damit zu ihren 22 Grossratssitzen weitere 4 hinzu. Im ersten Wahlgang der Regierungsratswahlen kamen die SVP-Kandidaten auf die Ränge 8 (Räto Camenisch), 10 (Daniel Bühlmann), 12 (Bernhard Achermann) und 13 (Guido Müller). Der zweite Wahlgang vom 18. Mai, zu dem von der SVP allein Räto Camenisch antritt, wird über die Zusam-

mensetzung der verkleinerten Kantonsregierung entscheiden. Insbesondere wird sich weisen, ob die CVP, die im Parlament noch rund einen Drittel der Sitze hält, in der Regierung weiterhin die absolute Mehrheit behält.



Tessin

Im Tessin gelang es der SVP, den Wähleranteil von 2.0 % auf 4.6 % und die Sitzzahl im Grossen Rat von 3 auf 6 zu verdoppeln. Damit ist die SVP auch im Tessin als 21. Kanton mit einer eigenen Fraktion vertreten.



Genf

Im Kanton Genf fanden die Wahlen in die Gemeindeparlamente statt, zu denen erstmals auch die SVP antrat. Sie errang im Parlament der Stadt Genf 9 von 80 Sitzen und steigerte im Vergleich zu den kantonalen Wahlen ihren Wähleranteil leicht. In der zweitgrössten Gemeinde des Kantons, Vernier, gewann die SVP im 37-köpfigen Parlament 5 Sitze. Bemerkenswert daran ist, dass lediglich 3 Kandidaten aufgestellt wurden. ◀

Impressum SVPja

**Herausgegeben von der
Stiftung SVP-Parteizeitung**

Anzeigenverwaltung:

Postadresse:

Abonnementspreise:

Bankverbindung:

Druck:

Adressänderungen:

Erscheint 12 Mal im Jahr

Simon Glauser, Tel 031 302 58 58, Fax 031 301 75 85, svpja@svp.ch

Generalsekretariat SVP, Brückfeldstr. 18, Postfach, 3000 Bern 26
Tel 031 302 58 58, Fax 031 301 75 85, svpja@svp.ch

Jahresabonnement für Nicht-Parteimitglieder 35.-
Parteimitgliedern wird die Zeitung gratis zugestellt.

Stiftung SVPja, UBS Bern-Länggasse, PC 30-35-9

Verlag Zofinger Tagblatt, Henzmannstr. 18, 4800 Zofingen
Tel. 062 745 93 93, Fax 062 745 93 49

siehe Adresse "Druck"

Verantwortlich für die Redaktion:
Dr. Yves Bichsel



Erpressungs-Manöver zugunsten der EU

Ende letzten Jahres sind in der EU die Würfel gefallen: Zehn weitere, vorab osteuropäische Länder sollen der Europäischen Union beitreten, die damit auf 25 Mitglieder anwachsen wird.

Kaum war diese Entscheidung gefallen, meldete Brüssel auch in Bern diverse Begehren an: Die Schweiz habe mit den zehn EU-Neumitgliedern umgehend Personenfreizügigkeits-Verträge abzuschliessen. Diese, ungehinderte Zirkulation aller EU-Bürger vorsehenden Verträge dürften sich materiell nicht von jenen Abkommen unterscheiden, welche im Rahmen der Bilateralen Verträge I zwischen der Schweiz und den fünfzehn bisherigen EU-Mitgliedern ausgehandelt und in Kraft gesetzt worden seien. Verhandlungsspielraum, legte die EU fest, bestünde lediglich bezüglich Übergangsfristen sowie Kontingenten, welche für die Zeit dieser Übergangsfristen in gegenseitigem Einvernehmen festgelegt werden könnten. Ein happiges Ansinnen, überaus arrogant vorgebracht.

Versprechen wird gebrochen

Dieser EU-Vorstoss basiert auf einer Besonderheit der zwischen der Schweiz und der Europäischen Union ausgehandelten Bilateralen Verträge, die vom Schweizer Souverän am 21. Mai 2000 genehmigt worden sind. Im Gegensatz zu den sechs andern Abkommen im Rahmen der Bilateralen I hatte Brüssel bezüglich Personenfreizügigkeit die Kompetenz nicht, für die EU insgesamt aufzutreten. Die Personenfreizügigkeit hatte die Schweiz vielmehr mit allen EU-Staaten einzeln in fünfzehn gleichlautenden Verträgen zu vereinbaren.

Der Bundesrat bezeichnete dies damals als grossen Vorteil, sei damit doch garantiert, dass die Schweiz dann, wenn sich die EU nach Osten erweitere, mit jedem EU-Neumitglied in separaten, je dem Referendum unterstellten Personenfreizügigkeits-Abkommen Vereinbarungen treffen - oder auch auf solche verzichten könne. Diese Feststellung hat der Bundesrat damals mit der verbindlichen Zusage an den Souverän verbunden, mit der Annahme der Bilateralen I entstünde keinerlei Sachzwang bezüglich Personenfreizügigkeits-Abkommen mit osteuropäischen Staaten als Folge der EU-Osterweiterung. Über solche Abkommen könne der Souverän später einmal in aller Freiheit separat entscheiden.

Vogel friss oder stirb!

Das gilt nun plötzlich nicht mehr: Brüssel hat seine Forderung an Bern, die Personenfreizügigkeit rasch und unverändert auf Osteuropa auszuweiten, nämlich mit einer happigen Drohung unterlegt: Würde die Schweiz nicht spüren, so würde Brüssel umgehend alle im Rahmen der Bilateralen I vereinbarten Abkommen kündigen, die Bilateralen Verträge also insgesamt als hinfällig erklären.

Bedauerlich aber wahr: Der Bundesrat spielt das ihm von Brüssel diktierte üble Spiel bereitwillig mit. Die im Vorfeld der Volksabstimmung des Jahres 2000 über die Bilateralen I

abgegebenen Beteuerungen, der Souverän könne zu einem späteren Zeitpunkt separat und völlig frei über die Erweiterung der Personenfreizügigkeit auf osteuropäische EU-Neumitglieder entscheiden, gilt offensichtlich nicht mehr. Vielmehr scheint sich der Bundesrat klammheimlich darüber zu freuen, dass die Erpressung aus Brüssel ihn seinem strategischen Ziel, die Schweiz schliesslich doch noch der EU als Vollmitglied zuzuführen, einen entscheidenden Schritt weiterbringen werde.

Schwierige Entscheidung

Der Stimmbürger steht damit vor keiner leichten Entscheidung. Entweder schluckt er das, was ihm Brüssel zum Frass vorwirft, womit die Schweizer Grenzen auch für die Bürger aller zehn EU-Neumitglieder in Bälde offen stünden. Widersetzt er sich der Brüsseler Forderung, so wird die EU - falls sie ihre Drohung auch wahr macht - das gesamte siebenteilige Vertragswerk der Bilateralen I ausser Kraft setzen. Die Referendumsabstimmung über die Erweiterung der Personenfreizügigkeits-Vereinbarung auf die neuen EU-Mitglieder in Osteuropa wird damit zu einem Plebiszit über Beibehaltung oder Kündigung der Bilateralen Verträge.

Brüssels Geldhunger

Damit nicht genug: Bern muss sich als Folge der EU-Osterweiterung zusätzlich auf eine gesalzene Rechnung aus Brüssel gefasst machen. Die Osterweiterung, rechnet Brüssel heute vor, beinhalte eine mas-



► Nationalrat Ulrich Schlürer, Flaach (ZH)

sive Wertsteigerung des Europäischen Binnenmarktes. Wer - sei er nun EU-Mitglied oder nicht - vertraglich von diesem Binnenmarkt profitieren könne, hätte jenen Mehrwert, welchen die Osterweiterung bringen werde, in Euro und Cent abzugelten.

Eine entsprechende EU-Forderung wurde in Bern bereits placiert, allerdings noch ohne Nennung einer Summe. Der Bundesrat rechnet indessen mit einer happigen Rechnung aus Brüssel. Dies, weil bereits bekannt ist, welche Forderung die EU mit gleicher Begründung Norwegen gegenüber erhoben hat. Norwegen (nicht Mitglied der EU, wohl aber des EWR) bezahlt bis heute jährlich dreissig Millionen Euro (ca. 45 Millionen SFr.) in den Strukturfonds der EU. Brüssel präsentiert Oslo als Folge der EU-Osterweiterung eine neue Rechnung für jährliche Zahlungen in den EU-Strukturfonds in der Grössenordnung von 500 bis 700 Millionen Euro (750 bis 1050 Millionen Schweizer Franken) - eine glatte Verzwanzigfachung der bisherigen Belastung!

Der Schweizer Stimmbürger dürfte also gut beraten sein, die ihm von Brüssel präsentierte und von Bern mit heimlicher Freude hingenommene Erpressung mit kühlem Kopf zu prüfen. Es gilt in aller Ruhe zu überlegen, was an finanziellen und anderen Opfern die Aufrechterhaltung der Bilateralen Verträge, ausgedehnt auch auf Osteuropa, tatsächlich wert ist. ◀

SVP - mit dem Volk verbunden!

Sie läuft bereits seit anfangs April: die Telefonaktion der SVP „Mit dem Volk verbunden“. Ab sofort und bis zu den Eidg. Wahlen vom 19. Oktober 2003 haben Sie jede Woche die Möglichkeit, einer Eidg. Parlamentarierin bzw. Parlamentarier direkt am Telefon Ihre Fragen zu stellen. Die Parteizeitung SVPja informiert Sie laufend über die aktuellen Gespräche. Nutzen Sie diese einmalige Gelegenheit und stellen Sie Ihre ganz persönlichen Fragen!

Am SVP Telefon im Mai:

- Mittwoch, 7. Mai 2003
SR Hans Hofmann (ZH)
- Mittwoch, 14. Mai 2003
NR Jean Fattebert (VD)
- Mittwoch, 21. Mai 2003
NR Jakob Freund (AR)
- Mittwoch, 28. Mai 2003
NR Ursula Haller (BE)

Die SVP Nummer: 031 302 04 09

Die Leitung ist jeweils offen am Mittwoch von 17.00 - 19.00 Uhr.



Haben Sie sich diesen Termin schon reserviert?

Samstag, 23. August 2003



Grosses Parteifest in Holziken (AG)

Bestellen Sie Festkarten bei Ihrem kantonalen SVP-Sekretariat



Schweizerische Volkspartei
Union Démocratique du Centre
Unione Democratica di Centro
Partida Populara Svizra

Politik live erleben? Wir bieten Ihnen Politik hautnah!

Das Generalsekretariat der Schweizerischen Volkspartei (SVP) sucht per 1. Juni 2003 oder nach Übereinkunft einen

wissenschaftlichen Mitarbeiter (100%)

für die Bereiche Wirtschafts-, Finanz- und Sozialpolitik

Ihr Profil

- abgeschlossenes Hochschulstudium (Wirtschafts- oder Rechtswissenschaften) oder Fachhochschulabschluss
- Interesse an der eidgenössischen Politik
- Verständnis für wirtschafts- und finanzpolitische Zusammenhänge
- Gewandtheit im mündlichen und schriftlichen Ausdruck
- möglichst gute Französischkenntnisse
- Organisationstalent und Kontaktfreudigkeit
- hohes Mass an Initiative, Leistungsbereitschaft und Selbständigkeit
- Flair für genaues, sauberes und effizientes Arbeiten
- Idealalter ca. 25 - 35 Jahre

Ihre Aufgaben

- selbständige Betreuung der Fachgremien der SVP
- Erarbeitung von Positionspapieren und schriftlichen Stellungnahmen
- beratende Zusammenarbeit mit der SVP-Fraktion
- Organisation von Tagungen und Parteianlässen

Wenn Sie gerne in einem kleinen, jungen Team mitarbeiten möchten und auch im hektischen Alltag den Humor nicht verlieren, sind Sie genau der Richtige für uns. Wir freuen uns auf Ihre schriftliche Bewerbung, die Sie mit den üblichen Unterlagen an folgende Adresse richten wollen:

Gregor A. Rutz, Generalsekretariat SVP, Postfach, 3000 Bern 26

**Speziell für
Nationalratskandidatinnen
und Thema-Interessierte**

SCHLAGFERTIGKEIT

**Ein Seminar für
wirkungsvolle Auftritte!**

Um schlagfertig zu sein, bedarf es weniger des körperlichen Einsatzes (Schlag zu und fertig) als vielmehr eines Repertoires von kernigen Aussagen, die jederzeit locker gezückt und treffsicher serviert werden können.

Die Schlagfertigkeit in der Politik wird an der Qualität und Quantität gemessen. Abgedroschene Sprüche, Weisheiten zur falschen Zeit eingebracht und / oder eine Übersättigung wirken disqualifizierend und stellen die Ernsthaftigkeit der Politikerin in Frage.

Legen Sie sich deshalb ein strukturiertes und themen-orientiertes Repertoire an! Lernen Sie, während einem Gespräch blitzschnell eine treffsichere Antwort, ein stichhaltiges Gegenargument, eine passende Rückfrage oder ein Votum einzubringen.

Samstag, 14. Juni 2003, 09.00 - 16.00 Uhr

Widenmoos Resort, 5057 Reitnau

Kosten Fr. 100.-- / Person

Weitere Auskünfte und Anmeldung bei:

SVP Frauen Schweiz, Frau Sylvia Flückiger

Telefon 062 721 32 30, Mail sylvia.flueckiger@flueckiger-holz.ch



"Der Patient ist zwar stabilisiert, aber..."

Fünf positiven Rechnungsabschlüssen zum Trotz: Die Berner SVP wird dafür sorgen, dass die Ausgabendisziplin anhält und dass der riesige Schuldenberg schrittweise abgebaut werden kann.

In der Junisession befasst sich der Grosse Rat des Kantons Bern mit der Staatsrechnung 2002. Bei diesem Geschäft wird es wohl eine eher laue Debatte geben. Denn die Staatsrechnung 2002 schliesst mit einem Überschuss von 220 Mio. Fr. ab und nicht wie budgetiert mit „nur“ 6,4 Millionen.

Angesichts dieser Zahlen werden die meisten ihrer Freude Ausdruck geben. Einige werden sicher aufzählen, was man mit diesem Geldsegen alles hätte machen können oder sollen und fordern, dass das Sparen jetzt ein Ende haben müsse. Der Rechnungsabschluss ist aber nur eine Momentaufnahme. Er darf einzig in der Gesamtsicht betrachtet werden.

Zu Beginn der 90-iger Jahre haben die Defizite des Kantons Bern rapide zugenommen. Dazu kam erschwerend das Debakel der Berner Kantonalbank. In dieser schwierigen Situation trat der jetzige Ständerat Hans Lauri sein damaliges Amt als kantonalen Finanzdirektor an. Sofort hat er die Lage richtig beurteilt, alle Ausstände aufgezeigt und die Finanzsituation des Kantons ohne Beschönigung dargestellt. Sein Kommentar zur Finanzlage des Kantons Bern war Klartext: „Katastrophal.“

Acht Sparpakete

Nach acht verschiedenen Sparpaketen kann der Kanton seit 1998 wieder Ertragsüberschüsse verbuchen. Diese po-

sitive Situation wurde nur dadurch erreicht, dass eine Mehrheit im Parlament das Wohl des ganzen Kantons und seiner Bevölkerung vor die Interessen der eigenen Klientel gestellt hat. Harte Sparentscheide - die sich zum Teil gegen die eigene Wählerschaft richteten - wurden beschlossen, immer mit dem Ziel der Haushaltsanierung.

Nicht medienwirksame Regierungsschelte und billige Oppositionspolitik waren erfolgreich, sondern politische Arbeit, die sich an der Lösung dieser grossen Probleme orientierte, führte zum Ziel. Die SVP des Kantons Bern kann für sich in Anspruch nehmen, einen wesentlichen Teil zu diesem Erfolg beigetragen zu haben. Hat sie doch in der kantonalen Finanzpolitik personell und ideell klar die Führung übernommen und damit ihre verantwortungsbewusste und staatstragende Haltung unter Beweis gestellt.

Nach wie vor hohe Schulden

Leider handelt es sich bei der Haushaltstabilisierung nur um ein Zwischenziel. Drückt doch nach wie vor eine Schuldenlast von nahezu 11 Milliarden. Das nächste Ziel heisst darum Schuldenabbau. Natürlich erwartet niemand einen Abbau der Schulden auf Null. Langfristiges Ziel müsste sein, den Bilanzfehlbetrag von knapp 5,3 Milliarden abzubauen. Der erste Schritt wurde im Parlament mit der Über-



Kurz-portrait

Heinz Siegenthaler wurde am 11. Oktober 1955 in Rüti bei Büren (ebenfalls Wohnort von Bundesrat Samuel Schmid) geboren und ist dort auf

dem elterlichen Bauernhof aufgewachsen. Er sitzt seit 1998 für die SVP Kanton Bern im Grossen Rat und ist heute 1. Vizepräsident der SVP Grossratsfraktion. Ausserdem ist er Präsident des SVP Amtsverbandes Büren.

weisung einer Motion zum Schuldenabbau getan. Die Regierung hat anschliessend in einem Bericht zur strategischen Aufgabenüberprüfung des Regierungsrates aufgezeigt, wie das geforderte Ziel zu erreichen ist. Die bürgerliche Mehrheit hat im letzten November unter Führung der SVP diesem Bericht gegen geschlossenen Widerstand der linken und grünen Parteien zum Durchbruch verholfen.

Wenn jetzt im Rahmen der Debatte über die Staatsrechnung 2002 eine Lagebeurteilung gemacht wird, darf man sich nicht von den oben erwähnten Erfolgen blenden lassen. „Der Patient ist zwar stabilisiert, aber noch nicht über den Berg“, würden wohl die Mediziner sagen. Nach einem so positiven Rechnungsabschluss schiessen Begehrlichkeiten wie Pilze aus dem Boden und plötzlich schwindet bei Einzelnen die Ausgabendisziplin.

Dran bleiben

Der angestrebte Schuldenabbau kann nur durch langfristiges Denken und Handeln erreicht werden. Abenteuer wie eine undifferenzierte und wenig durchdachte Steuer-senkungsinitiative würden das

Erreichte zerstören und die Schuldenspirale wieder zum Drehen bringen. Leider zeigen sich weitere dunkle Wolken am Horizont. Aufgrund der konjunkturellen Flaute muss mit einem drastischen Rückgang der Steuereinnahmen in der Grössenordnung von 200 Millionen Franken jährlich gerechnet werden. Zudem schwebt das Damoklesschwert der Schuldzinserhöhung über der Staatskasse. Es gilt also weiterhin den Kurs zu halten.

Gleichgewicht halten

Die Frage ob der Kanton Bern arm ist, kann man nicht mit Ja oder Nein beantworten. Sie ist auch nicht so wichtig. Sollte der Kanton Bern wirklich arm sein, so brauchen wir Bernerinnen und Berner uns nicht zu schämen. Armut ist keine Schande. Wichtiger ist es, Einnahmen und Ausgaben im Gleichgewicht zu halten und nicht das Geld der kommenden Generationen schon heute auszugeben. Der Bund sowie einige Kantone sind davon noch meilenweit entfernt. Der Kanton Bern hat diese Aufgabe erfolgreich angepackt. Darauf können wir stolz sein. ◀

Teilnahme ist Bürgerpflicht!

Abstimmungen über Sachfragen gehören zum Erfolgsrezept der Schweizer Demokratie. Kalifornien hat ein Jahrhundert nach unserer Heimat die Praxis übernommen und damit ebenfalls hervorragende Erfahrungen gemacht, insbesondere auf dem stets besonders vitalen Gebiet der öffentlichen Finanzen. Wir stehen in der Schweiz unmittelbar vor einer Abstimmung über besonders viele Vorlagen. Der Souverän, davon bin ich fest überzeugt, wird allen uninformatierten Unkenrufen von „Überforderung“ zum Trotz seine staatsbürgerliche Reife einmal mehr unter Beweis stellen. Das Volk wird zeigen, dass die direkte Demokratie die beste Staatsform ist und bleibt. Ich persönlich werde als Bürger einer zeitgemässen Milizarmee und einem entstaubten Bevölkerungs-

schutz meine Zustimmung geben und - auf Bundesebene - alle anderen leider untauglichen Vorlagen ablehnen. Was immer nun Sie stimmen: Nehmen Sie am Urnengang teil! Abstimmungen sind wichtig.

Nicht weniger wichtig sind Wahlen. Wie viel immer wir auch direkt an der Urne entscheiden, selbst wir Schweizer und Schweizerinnen kommen um die drei klassischen Gewalten des modernen freiheitlichen Staates nicht herum, um Exekutive, Legislative, Judikative. Diesen Gewalten sind klare Grenzen gesetzt: Volk und Stände behalten sich gewisse Entscheide vor. Der dreistufige Staatsaufbau von Gemeinde zu Kanton zu Bund sorgt dafür, dass keine Stufe übermächtig wird. Dazu kommt, dass sich die drei Gewalten gegenseitig begrenzen.

Und doch! Es kann keinem Zweifel unterliegen, dass die alte Wahrheit, wonach die kleineren Behörden in der Regel die mächtigeren sind, noch immer gilt. Aber auch hier wachsen die Bäume nicht in den Himmel: Wie viel Fleiss und wie viel Scharfsinn ein Mensch immer auf seine Arbeit in einem Gemeinderat oder im Bundesrat aufwendet, ohne Mehrheiten zu finden, kann er nichts tun. So werden einseitige und extreme Beschlüsse verhindert. So wird sichergestellt, dass der Blick für das Ganze nicht verloren geht.

Was heisst das für die Bürgerin und den Bürger? *Wer* regiert, ist *nicht* gleichgültig. Wahlen sind deshalb ernst zu nehmen. Versuchen wir in allen Fällen, zu kennen, wen wir wählen! Ein gewisses Mass an Vertrau-



► Bundesrat Samuel Schmid

en *müssen* wir den Gewählten stets schenken, so eifersüchtig wir auch über die Freiheitsrechte des Volkes wachen und wachen *sollen*. Wer das Geschehen beeinflussen kann und dies nicht tut, handelt unverantwortlich: Teilnahme an Abstimmungen *und* Wahlen ist Bürgerpflicht! ◀

Wahlplattform 2003-2007 liegt vor



Die Wahlplattform 2003-2007, die von den Delegierten im Januar verabschiedet wurde, liegt seit kurzem in deutscher, französischer und italienischer Sprache vor. Die SVP legt damit ihr Parteiprogramm vor, mit dem sie in die National- und Ständeratswahlen vom Oktober zieht und das für die kommende Legislatur die massgebenden Leitlinien setzt.

Unter dem Titel „**Schweizer Qualität**“, gibt die neue Wahlplattform auf rund 60 Seiten einen Überblick über die wichtigsten Probleme unseres Landes und die notwendigen Massnahmen und Forderungen, um das Ruder herumzureissen. Als einzige Partei, die in sämtlichen Schweizer Kantonen mit aktiven Parteisektionen vertreten ist, kennt die SVP die Probleme und Sorgen der Bevölkerung. Schwerpunkte des Parteiprogramms der SVP bilden daher die Themen eigenständige und selbstbewusste Aussenpolitik, Bekämpfung des Asylrechtsmissbrauchs, und Ordnung in der Finanz- und Steuerpolitik.

Als erste Wahlplattform ist das SVP-Parteiprogramm auch im Buchhandel erhältlich (ISBN 3-9522711-0-1). Daneben kann sie von der SVP-Homepage www.svp.ch als PDF-Dokument heruntergeladen werden. Zur Verteilung an die Ortssektionen und die Mitglieder wurde bereits Mitte April ein Versand an die kantonalen Sekretariate durchgeführt. ◀